

II-10139 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4955 B

**Dringliche Anfrage**

1993 -06- 16

der Abgeordneten Huber und Kollegen  
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft  
betreffend vollständiges Versagen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft in der  
Agrar- und Forstpolitik

Die österreichische Landwirtschaft steht angesichts des bevorstehenden EG-Beitrittes und des noch bis zum Jahresende zu erwartenden GATT-Abschlusses vor der größten Herausforderung des 20. Jahrhunderts. Währenddessen agiert der zuständige Minister als Beschwichtigungshofrat, der dieser Entwicklung immer hinterherläuft, egal ob es sich dabei um den Bereich der Land- oder der Forstwirtschaft handelt. Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft ist in allen Bereichen mehr als säumig.

Dieses vollständige Versagen hat sich zuletzt deutlich bei der Bauerndemonstration am 2. Juni 1993 am Ballhausplatz gezeigt. Mehr als 4000 Bauern haben wegen der unpraktikablen Exportregelungen für Schweine und Rinder nicht etwa beim dafür zuständigen Landwirtschaftsminister demonstriert, sondern die Bauern haben sich mit ihren durchaus berechtigten Forderungen an den Bundeskanzler gewandt. Allein diese Tatsache zeigt, daß die Bauern dem Landwirtschaftsminister wegen dessen mangelnden Durchsetzungsvermögens kein Vertrauen mehr schenken und daß er unfähig ist, die vielfältigen agrarischen Probleme einer auch für den bäuerlichen Berufsstand akzeptablen Lösung zuzuführen.

In den Bundesländern verlangen ÖVP-Funktionäre lautstark die Abschaffung der Weinsteuer. Im Parlament stimmen aber sowohl SPÖ als auch ÖVP den freiheitlichen Antrag auf Abschaffung der Weinsteuer gemeinsam nieder. Man betreibt ein Doppelspiel auf dem Rücken der Bauern, das heißt im Klartext: Wasser predigen und Wein trinken.

Man schafft die gesetzlich verankerte Treibstoffrückvergütung ab, um diese Mittel nur zum Teil für die Finanzierung der Alternativförderung freizumachen. Die Regierungsparteien haben für die Lösung der bäuerlichen Probleme nur ein einziges Konzept, nämlich die Empfehlung der Erwerbsskombination, sprich Nebenerwerb, bereit. Von den rund 270.000 bäuerlichen Betrieben Österreichs befinden sich rund 188.000 im Nebenerwerb, und nur noch rund 82.000 im Vollerwerb. Auf diese Art und Weise wird aber ein ganzer Berufsstand förmlich in den Ruin getrieben.

Bei einem EG-Beitritt ist eine weitere Reduktion der Erzeugerpreise von rund 30 % zu erwarten. Ohne dementsprechende Begleitmaßnahmen in Form von Mehrleistungsabgeltungen für ökologische Leistungen und als Ausgleich für die Erzeugerpreisminderung werden weitere 40.000 Vollerwerbsbauern den Weg in den Nebenerwerb antreten müssen. Vor dieser besorgniserregenden Entwicklung warnen die FPÖ-Mandatäre schon seit Jahren, ohne daß die Bundesregierung bzw. der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft wirksam gegensteuert.

Aber nicht nur mit der Landwirtschaft liegt es derzeit in Österreich im argen, auch bei der Forstwirtschaft ist die momentane Situation katastrophal.

Der Wald ist immer weniger in der Lage, seine ökologischen Funktionen wahrzunehmen. Die Forstinventur ergibt eine auffallende Zunahme des Waldbodens außer Ertrag, insbesondere des Schutzwaldes außer Ertrag.

Von den ca. 3,8 Mio ha Wald sind ca. 1,3 Mio ha Schutzwaldfläche, drei Viertel davon sind sanierungsbedürftig, über 480.000 ha dringend sanierungsbedürftig. Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft sagte anlässlich einer Pressekonferenz am 23.5.1991, daß über 50 Jahre hindurch jährlich ca. 1 Milliarde Schilling aufgewendet werden müßten, um die Schutzfunktion des Waldes zur Gänze wiederherzustellen. 1992 spricht er bereits von 1,4 Mrd. S, 10 % davon werden tatsächlich aufgewendet. Anstatt sämtliche vorhandenen Fachkräfte und Budgetmittel auf diese Aufgabe zu konzentrieren, beschränkt sich das Ressort auf Schadensmessung und -inventarisierung und diskutiert über die Ausgliederung der Forstlichen Bundesversuchsanstalt und der Österreichischen Bundesforste.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft die nachstehende

#### Dringliche Anfrage:

- 1) Infolge der verfehlten Agrarpolitik der Bundesregierung nimmt die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe kontinuierlich ab. Der Trend vom Voll- zum Nebenerwerbsbetrieb ist ungebrochen und wird sich bei einem EG-Beitritt noch verstärken.

Wie lautet das gesellschaftspolitische Leitbild der Koalitionsregierung auf landwirtschaftlichem Gebiet?

- a) Ist es noch der bäuerliche Vollerwerbsbetrieb auf Basis familieneigener Arbeitskräfte;
  - b) oder ist Ihr Leitbild der Nebenerwerbsbetrieb mit einer daraus resultierenden Doppelbelastung von Bauer und Bäuerin (wie Sie es in einem Interview für die Zeitschrift Wiener Jänner 1993 formuliert haben);
  - c) oder gehören zum agrarpolitischen Leitbild dieser Bundesregierung auch Agrarfabriken ohne Bäuerlichkeit?
- 2) Laut diversen EG-Prognosen ist davon auszugehen, daß sich die Zahl der Bauern bis zum Jahre 2015 um zwei Drittel verringern wird.  
Was haben Sie bisher unternommen, um dieser Entwicklung in Österreich gegenzusteuern?
  - 3) Laut Mikrozensus-Erhebung vom September 1992 ist der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung von Juni 1991 bis September 1992 von 5,3 % auf 5,1 % zurückgegangen,

d.h. es sind wieder 20.000 Österreicher weniger in der Landwirtschaft tätig. Bisher konnten viele Nebenerwerbslandwirte in anderen Berufszweigen eine Beschäftigung finden, was angesichts der Rezession immer schwieriger wird.

Welche Maßnahmen werden Sie bis zum Ende Ihrer Amtszeit ergreifen, um den "Arbeitsplatz Bauernhof" krisenfest zu machen?

- 4) Wann werden Sie dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zum Landwirtschaftsgesetz übermitteln können, in der die Existenzsicherung der österreichischen Bäuerinnen und Bauern in den Verfassungsrang erhoben wird?
- 5) EG-Agrarkommissar Rene Steichen hat anlässlich seines Österreichsaufenthaltes erklärt, daß für eine EG-Investitionsförderung von Nebenerwerbsbauern keine Chancen bestehen.  
Haben Sie dieser Auffassung widersprochen?  
Wenn nein: warum nicht?
- 7) Mit welchen nationalen Investitionsförderungen können Österreichs Nebenerwerbsbauern weiterhin rechnen?
- 8) Welche neuen Förderungsaktionen für Nebenerwerbsbauern sind per 1.7.1993 beschlußreif?
- 9) Durch den EG-Beitritt sind Erzeugerpreisminderungen bis zu 30 % zu erwarten. Können Sie den heimischen Bauern garantieren, daß diese Einkommensverluste zur Gänze ausgeglichen werden?  
Wenn nein: warum nicht?
- 10) Aufgrund der EG-Agrarpreispolitik ist ab sofort auch in Österreich mit einem starken Erzeugerpreiserückgang bei Schweinen und Rindern zu rechnen.  
Welche Ausgleichzahlungen für diese Einkommenseinbußen bei Schweinen und Rindern sind ab 1.7.1993 beschlußreif?
- 11) Immer wieder erklären Sie, daß den Bauern billigere Betriebsmittel im Gegenzug zur Liberalisierung des Handels mit Agrarprodukten zur Verfügung stehen werden. Der ÖVP-Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten verhindert dies jedoch durch den Aufbau zusätzlicher Hürden.  
Mit welchen Maßnahmen werden Sie Österreichs Bauern zu billigeren Betriebsmitteln verhelfen?
- 12) In Österreich versuchen die zu Raiffeisen gehörenden Molkereien durch eine ständige Konzentration, sprich Betriebsschließungen, "EG-Reife" zu erlangen. In der Schweiz geht man den umgekehrten Weg. 1400 Molkereien (zehnmal mehr als bei uns) erzeugen höchste Qualität.  
Was unternehmen Sie als "Feinkostminister" zur Erhaltung kleiner Molkerei- und Käsereistrukturen mit speziellem Qualitätsangebot?
- 13) Schweizer Käse wird in die ganze Welt exportiert, wobei hohe Exportpreise erlöst

werden, von denen auch die Schweizer Bauern profitieren: Der Erzeuger-Milchpreis beträgt 8,30 Schilling je Liter.

Was unternehmen Sie als "Bauernminister", um den österreichischen Landwirten zu ähnlichen Erzeugerpreisen für Qualitätsmilch zu verhelfen?

- 14) In Ihrer Version, Österreich soll zum "Feinkostladen" Europas werden, nimmt das Marketing eine wichtige Stellung ein. Im Jahre 1990 wurde zu diesem Zwecke die Österreichische Servicegesellschaft für Agrarmarketing (ÖSA) mit einer Starthilfe seitens des Landwirtschaftsministeriums von über 100 Mio Schilling gegründet. Zeitungsmeldungen zufolge gibt es große Schwierigkeiten bzw. Unregelmäßigkeiten finanzieller und Unzulänglichkeiten personeller Art.  
Können Sie darüber eine umfassende Aufklärung geben?
- 15) Die in den Jahren 1992 und 1993 bisher abgeschlossenen internationalen, die Land- und Forstwirtschaft betreffenden Handelsabkommen und -verträge bringen massive Nachteile für Österreichs Bauern, was vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft am 14.4.1993 gegenüber dem Wirtschaftsredakteur der "Salzburger Nachrichten" vollinhaltlich bestätigt wurde.  
Wieso haben Sie diesen, die Bauern benachteiligenden Regierungsvorlagen im Ministerrat die Zustimmung gegeben?
- 16) Der Bundesminister für Finanzen plant im Rahmen des Steuerreformpaketes eine Umstellung der Berechnungsgrundlage bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer, vom Einheitswert auf den Verkehrswert. Diese gigantische Mehrbelastung kann kein Hofübernehmer in Zukunft verkraften.  
Was unternehmen Sie angesichts dieser drohenden Enteignung über die Erbschafts- und Schenkungssteuer, damit auch ab 1.1.1994 die bäuerlichen Nachkommen die Höfe ihrer Eltern übernehmen können?
- 17) Das Bundesgremium des Wein- und Spirituosengroßhandels hat seinen Austritt aus der Wein-Marketinggesellschaft mit der Begründung der mangelnden Effizienz dieser Institution angekündigt. Der Bund und die Bauern bleiben also als Zahler übrig.  
Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Effizienz der Wein-Marketinggesellschaft zu steigern und die Beitragsbelastung der Bauern zu verringern?
- 18) Die von Ihnen angekündigte Abschaffung der Weinsteuer im Zuge der Steuerreform hat sich gemäß der Präsentation dieses Paketes durch den Finanzminister nicht bewahrheitet.  
Was werden Sie unternehmen, damit Ihre Ankündigung wahr wird und die Weinsteuer wirklich abgeschafft wird?
- 19) Auf Wunsch der großen Winzergenossenschaften finanziert das Bundesministerium Jahr für Jahr Aufkauf- und Lageraktionen von Wein, wodurch zwar kurzfristig eine Marktberuhigung eintritt, langfristig aber Lager aufgebaut werden, die auf die Wein-Erzeugerpreise drücken.  
Welche Maßnahmen zur Marktberuhigung und Anhebung der Wein-Erzeugerpreise haben Sie vorbereitet?

- 20) Die Volksabstimmung bezüglich eines EG-Beitrittes Österreiches kann nicht zuletzt, weil die Bundesregierung nicht in der Lage ist, die Hausaufgaben in der Landwirtschaft zu lösen, auch negativ ausgehen.  
Welche Maßnahmen für Österreichs Bauern haben Sie für einen solchen immer realistischer werdenden Fall vorgesehen?
- 21) Auch ohne EG-Beitritt haben die Bauern durch den GATT-Abschluß mit großen Einkommensverlusten zu rechnen.  
Haben Sie für Ausgleichsmaßnahmen anlässlich der Folgen des GATT-Abschlusses bereits vorgesorgt?  
Wenn ja: Welche Maßnahmen konkret?  
Wenn nein: warum nicht?
- 22) Der Wald, gerade in Krisenzeiten die "Sparkasse des Bauern", ist nicht nur durch Umwelteinflüsse, wie z.B. Luftverschmutzung, sondern auch durch den Holzimport aus Raubbauländern stark gefährdet. Dadurch kommt es zu einem Preisverfall, der die Nutzfunktion des Waldes außer Kraft stellt und die Forstwirtschaft in den Ruin treibt.  
Welche Sofortmaßnahmen haben sie vorbereitet, um die österreichische Forstwirtschaft vor dem Ruin zu bewahren?
- 23) Ist ihrem Ressort bekannt,  
a) wieviele Forstbetriebe ihre immissionsbedingten Waldschäden steuermindernd geltend machen können,  
b) wie hoch die Gesamtsumme dieser Steuerminderungen ist,  
c) in welchem Verhältnis sie zu der Summe der immissionsbedingten Waldschäden steht?
- 24) Verfügen Sie über Erhebungen, wieviele Hektar Wirtschaftswald vom Borkenkäfer befallen sind?
- 25) In Deutschlands Wäldern und Obstkulturen treten zur Zeit massenweise Schwammspinner auf, deren Raupen ganze Landstriche kahlfressen.  
Welche Vorkehrungen haben Sie getroffen,  
a) damit dieser Schädling nicht nach Österreich eingeschleppt wird,  
b) damit in Österreich das Auftreten des Schwammspinners eingegrenzt wird?
- 26) Werden Sie in der Woche des Waldes 1993, die unter dem Motto "Wälder für die Zukunft" steht, der Öffentlichkeit Ihre Versäumnisse auf dem Gebiet der Schutzwaldsanierung, der Absicherung der waldwirtschaftlichen Vermögensverluste und Einkommenseinbußen, der Motivierung des Forstpersonals und der Holzkontrolle offenlegen?
- 27) Welche konkreten Maßnahmen werden Sie bis zum Ende Ihrer Amtszeit noch ergreifen, um die ernsthafte Gefährdung der Wälder, der Waldbauern, der Forstbetriebe und der

**ländlichen Siedlungsgebieten wirksam hinanzuhalten?**

**In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner vor Eingang in die Tagesordnung, spätestens um 16.00 Uhr Gelegenheit zur Begründung zu geben.**